



Dr. Inge Gräßle MdEP

Brief aus Straßburg



Europa für die Menschen gestalten! - Für ein starkes Deutschland in Europa.

Liebe Leserinnen und Leser,

Ampel zur Lebensmittelkennzeichnung

Die Sorge um Brezel und Vollkornbrot hat uns in dieser Woche beschäftigt: Salz, Fett und Zucker in Lebensmitteln sollen durch ein Ampelsystem "rot-gelb-grün" auf der Verpackung gekennzeichnet werden. Der Grenzwert für Salz soll bei 1 Gramm pro 100 Gramm Teig liegen - was bedeutet, dass das eigentlich gesunde Vollkorn (1,5 g Salz) oder die Brezel einen roten Punkt bekäme. Die Debatte darüber hält an und wird erst auf der letzten Sitzung des Parlaments vor den Wahlen im Mai entschieden. Der Hintergrund: Die Kommission will zwei Bereiche des Kennzeichnungsrechts aktualisieren, die seither in zwei verschiedenen Richtlinien geregelt sind, zum einen das allgemeine Lebensmittelrecht und zum andern das Nährwertkennzeichnungsrecht. Es ist vorgesehen, dass Inhaltsstoffe und Nährwerte auf jedem Lebensmittel dargestellt werden; Schriftgrößen dafür werden festgelegt, damit der Verbraucher eine gesundheitsbewusste Auswahl seiner Lebensmittel treffen kann. Wein, Spirituosen und Bier sind zunächst völlig von der Verordnung ausgenommen. Das Bäckerhandwerk befürchtet, dass es von nun an nur noch fades „Einheitsbrot“ gebe und irgendwann die Inhaltsstoffe und Rezepturen völlig von der EU bestimmt würden. Diese Sorge ist unbegründet. Es wird in der Verordnung lediglich verlangt, dass Energie- und Fettgehalt des Produkts, sowie der Gehalt an gesättigten Fettsäuren und Kohlenhydraten, im Speziellen Zucker und Salz auf der Vorderseite der Verpackung als Anteil je 100 g oder 100 ml oder pro Portion ausgewiesen werden. Verboten werden soll lediglich, dass den Lebensmitteln bestimmte gesund-

heitliche Wirkungen zugeschrieben werden, wodurch der Verbraucher irregeführt wird. Verbraucherinformationen sollen tatsächlich informieren und nicht den Verbraucher lenken. Deshalb ist eine Ampelkennzeichnung abzulehnen.

Beschäftigung illegaler Einwanderer unter Strafe stellen

Das Parlament verlangt, dass alle EU-Mitgliedstaaten die Beschäftigung illegaler Einwanderer unter Strafe stellen. Das bedeutet: Unternehmen müssen vor der Anstellung von Nicht-EU-Bürgern eine Aufenthaltsgenehmigung verlangen. Kommt das Unternehmen dem nicht nach, muss es mit Geldstrafen, sowie dem Ausschluss bei öffentlichen Ausschreibungen und EU-Fördermitteln rechnen. Die Aussicht auf Beschäftigung ist einer der Hauptgründe für illegale Einwanderung in die EU. Schätzungen zufolge leben derzeit zwischen 5 und 8 Millionen illegale Drittstaatenangehörige in der EU.

Novelle des EU-Futtermittelrechts

Die Europäische Union überarbeitet das Futtermittelrecht. Dabei geht es sowohl um eine Vereinfachung der Gesetzgebung als auch um eine Angleichung an Einzelbestimmungen aus dem Lebensmittelrecht. Das Auskunftsrecht des Landwirts über die Zusammensetzung von Futtermitteln wird gestärkt. Futtermittelhersteller müssen Verwendern die kostenfreie Kontaktaufnahme ermöglichen. Neu eingeführt wurde eine Kennzeichnungspflicht für Zusatzstoffe. Neben der Pflichtkennzeichnung erhalten die Hersteller die Möglichkeit freiwillige Angaben zu machen. Die Hervorhebung von Inhaltsstoffen muss künftig ausreichend begründet und wissen-

schaftlich belegt werden. Darüber hinaus können Behörden bei begründetem Interesse Informationen an Verbraucher weitergeben.

Guantánamo-Häftlinge in der Europäischen Union

Mit deutlicher Mehrheit - und gegen die Stimmen der CDU/CSU-Gruppe - hat sich das Parlament für die Aufnahme von Guantánamo-Insassen ausgesprochen, falls sie nach Schließung des Lagers weder in den USA bleiben noch in ihre Heimat zurückkehren können. Die EU-Staaten sollen im Falle einer Anfrage vonseiten der amerikanischen Regierung vorbereitet sein. Die Achtung des Völkerrechts und der Grundrechte liege bei allen demokratischen Staaten. Allerdings seien zuerst die USA für das Schicksal der Gefangenen verantwortlich.

Empfehlungen für eine künftige Klimaschutzpolitik

Zur Bewältigung des Klimawandels hatte das Europaparlament einen eigenen Sonderausschuss eingesetzt. Sein Bericht mit dem Titel „2050: Die Zukunft beginnt heute - Empfehlungen für eine künftige integrierte EU-Klimaschutzpolitik“ mit Empfehlungen gegen den Klimawandel wurde gegen Stimmen auch aus dem Lager der CDU/CSU angenommen. Der Bericht formuliert die Positionen der EU für die UN-Klimarahmenkonferenz in Kopenhagen 2009, bei der ein Nachfolgeabkommen zum Kyoto-Protokoll ausgehandelt wird. Ziel ist die weitere weltweite Senkung des Kohlenstoffdioxidausstoßes. Das Parlament fordert die Regierungschefs auf neue Klimaschutzziele festzulegen, nämlich 25 % - 40 % weniger Treibhausgasemissionen bis 2020 zum Referenzjahr 1990 und mindestens 80 % weniger bis zum Jahre 2050 zuzulassen. Dies soll

Seite 1

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu



Dr. Inge Gräßle MdEP

Brief aus Straßburg



Europa für die Menschen gestalten! - Für ein starkes Deutschland in Europa.

einhergehen mit einer Steigerung der Energieeffizienz um 35 % und den Ausbau der erneuerbaren Energiequellen auf 60 % bis 2050. Das Parlament ist der Meinung, dass diese Ziele nur durch eine Doppelstrategie, also durch gemeinsame Nutzung von erneuerbaren Energien und fossilen Brennstoffen erreicht werden kann. Dafür ist erforderlich, dass ein konkreter Fahrplan für Investitionen in die Kernenergie aufgestellt wird. Außerdem darf die Landwirtschaft nicht einseitig an den Pranger gestellt werden. Ihr Beitrag sei zu prüfen. Darüber hinaus empfiehlt das Parlament die Gründung einer europäischen Gemeinschaft für Energie aus erneuerbaren Quellen und für die Bauwirtschaft eine Netto-Energiebilanz von Null bei neuen Wohngebäuden bis 2015, und bei neuen gewerblichen und öffentlichen Gebäuden bis 2020. Das Parlament schlägt vor, einen europäischen Klimafonds einzurichten und die Schaffung eines EU-weiten Supernetzes, zu welchem alle Stromanbieter Zugang haben sollen.

Sexuelle Ausbeutung von Minderjährigen und Kinderpornographie

Die Verbreitung von Kinderpornographie und die strafrechtliche Verfolgung gerade auch bei grenzüberschreitenden Taten stehen in der EU dauernd an. Zwar besteht bereits ein Sanktionssystem und ein relativ hohes Schutzniveau, dennoch war es dem Parlament wichtig, den Rahmenbeschluss von 2004 zu aktualisieren und damit das Schutzniveau noch weiter zu heben, denn aufgrund der ständigen Weiterentwicklung durch neue Technologien, insbesondere des Internets war eine Überarbeitung notwendig. So wird das Internet zunehmend zur Vorbereitung des sexuellen Missbrauchs von Kindern genutzt. Von nun an wird das Anbieten pä-

dophiler Chat-Räume oder pädophiler Internetforen noch stärker verfolgt. Die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten soll verbessert werden, indem sie die in den Strafregistern enthaltenen Informationen über Sexualstraftaten austauschen. Damit soll in Zukunft ausgeschlossen werden, dass Sexualstraftäter in einem anderen Mitgliedstaat berufliche Tätigkeiten ausüben können und dabei - etwa als Kinderbetreuer - Kontakt zu Minderjährigen bekommen. Überdies wird ein Alarmsystem für vermisste Kinder auf europäischer Ebene eingerichtet. Der Sextourismus, der mit Kindesmissbrauch einhergeht soll unterbunden werden. Alle EU-Bürger, die in einem Mitgliedstaat oder einem Drittstaat eine Sexualstraftat mit Kindesmissbrauch begehen, sollen durch eine einheitliche extraterritoriale strafrechtliche Vorschrift in der gesamten EU strafrechtlich verfolgt werden. Wenn es technisch möglich ist, sollen Webseiten, auf denen kinderpornographisches Material verkauft wird, für den Online-Zahlungsverkehr gesperrt werden.

Stärkung kleiner und mittlerer Unternehmen

Das Parlament will die Rolle der kleinen und mittleren Unternehmen im internationalen Handel stärken. So stellen sie derzeit etwa 75 Millionen Arbeitsplätze in der Europäischen Union, und bilden damit das „Rückgrat der europäischen Wirtschaft“. Dennoch verbleibt der Großteil ihrer Exporte in der EU, weshalb die Belastungen für die kleinen und mittleren Unternehmen im internationalen Handelsverkehr verringert werden müssen. Darüber hinaus soll der Zugang dieser Unternehmen zu Finanzmitteln und Mikrokrediten verbessert werden, dazu werden Instrumente wie der Europäische Investitionsfonds oder

das Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation herangezogen. Zudem sind Fortbildungsprogramme für Jungunternehmer vorgesehen und eine bessere Anpassung bestehender handelspolitischer Schutzinstrumente an die Bedürfnisse der kleineren Unternehmen.

Besuch aus der Heimat im Europaparlament in Straßburg

Dr. Wiese, Chefredakteur der Schwäbischen Post in Aalen, war zwei Tage lang in Straßburg unser Gast und widmete sich auch der Europastadt Straßburg.

Mit 110 Schülerinnen und Schülern kam das Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasiums aus Wertheim - wie jedes Jahr - wieder zu Besuch, gemeinsam mit dem Präsidenten der palästinensischen Autonomiebehörde, Abbas, der im Plenum sprach. Am Donnerstag erhielt ich Besuch von "meiner Schule" dem Hellenstein-Gymnasium in Heidenheim. Für Besuchswünsche können Sie sich jederzeit an mein Büro in Heidenheim wenden.

Neues aus meinem Büro in Brüssel und Straßburg

Ende dieses Monats wird uns Teresa Schad aus Heidenheim nach einem 6-monatigen Praktikum in meinem Büro in Brüssel wieder verlassen, um in Heidelberg ihr Studium der Politikwissenschaften weiter zu verfolgen. Ich bedanke mich sehr herzlich für ihr Engagement und wünsche ihr für ihren weiteren Lebensweg alles Gute. Seit dieser Woche arbeitet Corinna Moser aus Ellwangen als Praktikantin in meinem Büro. Sie ist Europajuristin und fertig gerade ihre Doktorarbeit an der Universität Würzburg an. Frau Moser wird drei Monate in meinem Büro tätig sein.

Seite 2

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu